

## **Das hohe Niveau der Kriminalitätsbekämpfung ist in Gefahr!**

von Andreas Bernig

In die Landtagssitzung am 10. April 2008 brachte die Fraktion DIE LINKE den Antrag „Kriminalität kontinuierlich bekämpfen – Personalabbau in der Polizei stoppen“ ein. Hintergrund dafür sind u.a. die bisherigen Wachenschließungen, die weiteren geplanten und die bevorstehende Umstrukturierung der Kriminalpolizei, die in Zukunft 390 Stellen weniger haben wird.

Hinzu kommt das im vorigen Jahr die Anzahl von Straftaten wieder gestiegen ist und die Aufklärungsquote sinkt. Mit über 8000 Straftaten auf hunderttausend Einwohner liegt Brandenburg immer noch im Vorderfeld der Flächenländer, auch wenn die Kriminalität in den letzten Jahren insgesamt zurückgegangen ist. Zu kritisieren ist, dass die Personalkürzungen im Polizeibereich und anderswo ausschließlich vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung vorgenommen werden. Was die Redner der Koalition in ihren Ablehnungsreden dann auch hervorhoben. Britta Stark (SPD) meinte, es müssten jetzt intelligente Stellen – und Strukturkonzepte für die brandenburgische Polizei entwickelt werden, meldet aber auch kritische Fragen und eine kritische Begleitung im Schulterschluss mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften an. So müsse hinterfragt werden ob es günstig sei in den Präsidien unterschiedliche Personalauswahlverfahren an zu wenden

### **Horrorszenarien nicht eingetreten**

Frank Werner (CDU) meinte, nach dem er sich für die gute Arbeit der Polizei bedankt hatte, der Personalabbau sei wohlüberlegt und ausgewogen. Als vor gut 10 Jahren in Bad Liebenwerda die Wache geschlossen wurde, haben sich die Horrorszenarien nicht bewahrheitet. Es habe sich überhaupt nichts dramatisch verändert. Die Linke würde mit ihrem Antrag die Bevölkerung nur verunsichern, wenn sie vorrechne dass durch 390 Stellen weniger bei der Kriminalpolizei auch 70000 weniger Straftaten bearbeitet werden könnten.

Wachenschließungen hätten keine Auswirkungen auf die Polizeipräsenz. Durch die zentralen K-Dienststellen werde die Ermittlungsarbeit nicht leiden sondern eher positiv beeinflusst.

Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) verwies darauf, dass sich seit der Polizeistrukturereform und trotz Stellenkürzungen die Aufklärungsquote kontinuierlich nach oben entwickelt habe. Die Zahl der Mitarbeiter bei der Kripo sei von 1855 auf 2412 gestiegen und die Straftaten um 102.000 gesunken. Die Zahl der Schutzpolizisten sei um 7% gesunken und diese hätten so auch ihren Sparbeitrag gebracht.

Brandenburg sei im Vergleich zu anderen Ländern mit 300 Polizisten auf hunderttausend Einwohner nach dem Personalabbau immer noch gut ausgestattet. Der Hinweis auf die Gewaltkriminalität sei richtig, aber wolle die Linke dass die Polizei jetzt alle Aufgaben übernehme, so die Frage des Ministers. Schließlich habe er den Präventionsrat eingerichtet. Mit dem Einstellungskorridor bis 2012 habe die Polizei Planungssicherheit. Das gäbe es in keinem anderen Bereich.

### **Alle Deliktsbereiche im Auge haben**

Im Antrag wird befürchten, dass sich die Polizei auf einige Deliktbereiche, wie z.B. die Schwerstkriminalität konzentriert und die Alltags- bzw. Massenkriminalität nur noch verwaltet wird. Ziel des Antrages war es eine erfolgreiche und zielstrebige Ermittlungsarbeit der Polizei in allen Deliktsbereichen zu sichern und das hohe Niveau der Kriminalitätsbekämpfung zu gewährleisten. Dazu gehören schnelle und gründliche Ermittlungen, eine hohe Aufklärungsquote und die schnelle Bestrafung der Täter.

Für die Erhaltung eines hohen Niveaus der Kriminalitätsbekämpfung bedarf es auch eines adäquaten Personaleinsatzes um dem nach wie vor hohem Gewaltpotential, dem hohen Anteil der Jugendkriminalität, den zu erwartenden Herausforderungen nach dem Wegfall der EU-Grenzkontrollen, der anhaltend hohen politisch motivierten Kriminalität, aber auch dem

Kriminalitätsgeschehen in allen anderen Deliktsbereichen, wie der Verfolgung von Kontrolldelikten im Bereich der Wirtschafts- und Umweltkriminalität, der Betäubungsmittelkriminalität und dem Verkehrsunfallgeschehen gerecht werden zu können. Mit ständigen Strukturveränderungen und technischen Maßnahmen ist Personal nicht zu kompensieren.

### **Personalkürzungen kritisch überprüfen**

Die Personalkürzungen sollten deshalb kritisch überprüft und das Ergebnis dem Landtag vorgelegt werden.

Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) erinnerte daran, dass sich Innenminister Jörg Schönbohm vor den Wahlen immer gegen Personalkürzungen in der Polizei ausgesprochen hatte. Getan hat er hinterher aber immer genau das Gegenteil. So wurden mit der Polizeistrukturereform 2002 725 Stellen gestrichen, im Februar 2006 beschloss das Kabinett weitere 585 Stellen bis 2009 zu streichen und inzwischen sind weitere 455 bis 2012 hinzugekommen. Damit wurden in der Ära Schönbohm 1765 Stellen, das sind ca. 16 % des Personalbestandes, in der Polizei abgebaut, wenn nicht noch umgesteuert wird.

Natürlich muß man in Rechnung stellen, dass die Kriminalität auch um ca. 100.000 Straftaten zurückgegangen ist und Brandenburg in der Personalausstattung verglichen mit anderen Ländern noch recht gut da steht. Allerdings muß man wissen, dass auch in den anderen Ländern und beim Bund erhebliche Stellenkürzungen vorgenommen wurden, die Aufgaben aber nicht weniger geworden sind. Die Arbeitsbelastung ist enorm gestiegen, das Durchschnittsalter der Polizisten wird immer höher und die Wochen- und Lebensarbeitszeit wurde im Westen verlängert.

### **Anspruch und Wirklichkeit**

Hans-Jürgen Scharfenberg stellte dann auch die Frage, wo die Grenze für einen vertretbaren Personalabbau bei der Polizei liege. Er meint, dass diese Grenze mit den geplanten Veränderungen bei der Kriminalpolizei (z.B. Wegfall der Kriminalpolizei in den Präsidien) erreicht und überschritten sei. Erneut werden dabei Empfehlungen von Fachleuten ignoriert. Die Evaluierungskommission hatte die Beibehaltung des dreistufigen Systems der Kriminalpolizei von den Schutzbereichen, über die Präsidien bis zum Landeskriminalamt empfohlen. Brisant, dass Innenminister Schönbohm in der Landtagssitzung einräumen musste, dass nach dem Wegfall der EU-Grenzkontrollen z.B. Kfz-Diebstähle zugenommen haben. Als die GdP im Dezember davor gewarnt hatte, wurde sie gleich in die europafeindliche Ecke gestellt.

Und noch am 07. April 2008 hatte Jörg Schönbohm in einem Vortrag an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster angesichts des wachsenden Terrorismus vor einem überzogenen Personalabbau gewarnt. Die Zukunft bringe mehr komplexe Herausforderungen und damit Aufgaben. Diese seien mit weniger Personal nicht zu bewältigen, so der Minister. Die Frage von Hans-Jürgen Scharfenberg, was der Minister unter einem überzogenen Personalabbau verstehe und ob dieser bei mehr als einem Fünftel des Personalbestandes wie in Brandenburg liege, beantwortete der Minister in der Debatte wenig zufrieden stellend.